Der Wohnungsmarkt in Stuttgart ist eine Katastrophe.

Jedes Jahr steigen die Mieten, Stuttgart ist inzwischen die teuerste Großstadt Deutschlands. Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt und fast täglich werden Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt, weil sie nicht mehr genug Geld für die Miete haben. Das führt dazu, dass es immer mehr Wohnungslose gibt. Gleichzeitig stehen tausende Wohnungen leer. In Städten wie Stuttgart zeigt sich am deutlichsten, dass die Profitinteressen von wenigen Besitzenden im Widerspruch mit den Interessen der Allgemeinheit stehen.

Hausbesetzungen sind eine praktische Antwort darauf, dass das Grundbedürfnis nach bezahlbaren Wohnraum nicht gewährleistet wird. Die Wohnungen in der Forststraße standen zwischen zwei und mehr als zehn Jahren leer. Am 9. März 2019 wurden sie besetzt und teilweise renoviert, um sie ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen – nämlich Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Renovieren und instandhalten können wir selber und dann muss auch niemand eine Mieterhöhung befürchten. Wenn wir alles selber regeln können bleibt die Frage offen, wer braucht eigentlich die Vermieter.

Kein Wunder versetzen Hausbesetzungen die Stadtregierung in Panik, denn sie fürchten sich davor, dass diese Schule machen könnten. Erst heuchelte die Stadtverwaltung Verhandlungen vor, bei denen sie dann aber keinerlei Gesprächsbereitschaft zeigte. Zwei Tage später räumte sie die Forststraße 140. Die Besetzung sei eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und würde dazu führen, dass sich ein rechtswidriger Zustand verfestigt. Wir halten fest: Ein rechtswidriger Zustand besteht, wenn AktivistInnen gegen Leerstand und für von Wohnungsnot betroffene Familien kämpfen. Ein rechtskonformer Zustand ist der aktuelle Wohnungsmarkt, den ich bereits beschrieben habe. Dieses Recht dient nicht der Allgemeinheit, sondern wenigen Vermietern, Spekulanten und Kapitalanlegern. Es gibt ein Begriff für so eine Justiz: Klassenjustiz.

Widerstand gegen die beschriebenen Zustände sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Die große Solidarität und Unterstützung mit den Besetzungen in der Wilhelm-Raabe-Straße und der Forststraße zeigt, wie drängend das Thema ist. Wir stehen ~~gemeinsam~~ zusammen, ob bei Besetzungen oder vor Gericht.

Ich beende meine Prozesserklärung mit eienr Parole, die immer öfter in Stuttgart ertönen wird: „Miete ins Sparschein, Kündigung ins Klo, Häuser besetzen sowieso“